

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32.  
Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag.  
Postparaffasonto 57544.

Einzelpreis 70 Heller. Verkaufsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.— Kz., vierteljährlich 48.— Kz., halbjährlich 96.— Kz., ganzjährig 192.— Kz. Für Deutschösterreich monatlich 120.— Sk., für Deutschland 16.— Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

## Die Katastrophe in Oppau.

Erschauend vernimmt die Welt die Meldungen über das schreckliche Explosionsunglück, durch welches in Ludwigshafen das große Werk Oppau der badischen Anilinfabrik in die Luft geflogen ist. Wenn auch die Zahl der Opfer an Toten und Verletzten noch nicht feststeht, so weiß man doch, daß diese Explosionskatastrophe wohl die größte ist, die sich je ereignete, denn von den 800 bis 1000 Arbeitern, welche im Augenblick, da sich die 4000 Zentner Salpeter entzündeten, in der Fabrik befanden, konnte bis jetzt keiner heil geborgen werden. Die Schilderungen der Einzelheiten des Unglücks sind entsetzender, denn seine Wirkung reicht weit über das Gebiet der Fabrikanlage hinaus und die Augenzeugen berichten, daß der Anblick der Unglücksstätte viel schlimmer sei als der eines Schlachtfeldes. Man sieht von eingestürzten Häusern, unter deren Trümmer die Bewohner, meist Kinder, begraben wurden, von hunderten von Schwerverletzten, die in den umliegenden Feldern und auf den Straßen, zum Teil furchtbar verstümmelt, mit herausgerissenen Augen und zerschmetterten Gliedmaßen liegen. Ein grauenhaftes Ereignis, das nicht verschleiert wird, auch die bürgerliche Presse zu veranlassen, von Mitleid für das entstandene Menschenleid und tiefer Erschütterung zu schreiben. Eine Zeit lang wird sich die bürgerliche Welt wohl auch der Gefahren der Arbeit, des furchtbaren Risikos, das die ihre Arbeitskraft verkaufenden Menschen zu tragen haben, erinnern. Man wird die Schuldigen suchen und festzustellen bestrebt sein, ob Fahrlässigkeit oder verbrecherische Schuld vorliegt, aber da alles, Menschen, Gebäude und Maschinen, von der ungeheuren Explosion vernichtet wurden, wird die Suche nach den Schuldigen zweifellos ergebnislos verlaufen. Und wenn die Zeitungen der bürgerlichen Welt jetzt von Mitleid für die getöteten Opfer und für die armen hinterbliebenen Frauen und Kinder überfließen, so wird doch auch dieses furchtbare Ereignis bald wieder vergessen und das Mitleid eingefahrt sein. Bald wird alles wieder beim alten sein. Wohlwollen und Mitgefühl werden weichen und bald wird man wieder nur „begehrliche“ Arbeiter kennen, deren „unaussprechliche Lohnforderungen“ den Mägen der kapitalistischen Profitjäger hervorrufen. Und wieder wird man dann in derselben Presse lesen können, wie gut es den Arbeitern geht und wie behaglich sie es sich in dieser Welt einzurichten verstanden haben.

Wen mag es wundern, daß trotz dieser und ähnlicher, sich immer wiederholender Katastrophen, welche die Gefahren, unter denen die arbeitenden Menschen ihr Tagewerk verrichten, veranschaulichen, in der bürgerlichen Welt das Wort vom guten Leben des Arbeiters geläufiges Sprachgut geworden ist, denn was weiß diese bürgerliche Welt von den tausendfachen den Proletarier bedrohenden Gefahren, was weiß sie von der Beschwer und vom Leben derer, die dumpf und freudlos in den Fabriken frohnden. Wer findet in dieser nach raschem Gewinn und Genuß jagenden Zeit die Sammlung und den moralischen Mut für eine Stunde des Nachdenkens darüber, wie freudlos, eintönig und öde das Leben des Arbeiters verläuft, auch wenn es nicht von Katastrophen, wie dies Unglücksfälle, Arbeitslosigkeit und Krankheitsfälle in der Familie sind, betroffen wird. Nicht nur, daß er sein Leben und seine Glieder gleichzeitig mit seiner Arbeitskraft verlaufen muß, ist seine Arbeit, durch die er nicht sich, sondern andere bereichert, vielfach auch eine derart entgeistigte, mechanisierte, daß sie ihm zum Unterschied vom geistigen Arbeiter jedwede Freude an der Leistung versagt. Dem wirklich geistig Schaffenden gibt die Arbeit, die nicht allein der Fristung des nackten Lebens dient, wenigstens eine freudige

Befriedigung. Die entgeistigte Treitmühlenarbeit des Proletariats dagegen, der Tag um Tag mechanisch Zahlenkolonnen reißt oder Tag um Tag gräbt und schaufelt, hämmert und feilt und an der Maschine die ewig gleichbleibenden Handgriffe macht, vermag nicht, sein Leben auch nur im geringsten mit Freude und Befriedigung zu erfüllen, sie wird ihm vielmehr zur Qual und gestaltet sein durch Armut freudloses Leben noch trostloser und dumpfer.

Auch aus dem Oppauer Explosionsunglück wird die bürgerliche Welt keine Lehre davontragen. Sie wird auch weiterhin der Meinung sein, daß solche Katastrophen nun einmal unvermeidlich sind und daß es eben das Los des Arbeiters ist und bleiben muß, ebenso die Entwürdigung wie die Gefahren der Arbeit ruhig weiterzutragen. Auch das Proletariat hat ehedem, wie heute noch die Anhänger der kapitalistischen Ordnung, geglaubt, daß alles so sein müsse, wie es ist, daß ein unabänderliches Gesetz bestche, das die einen, die durch den Zufall der Geburt, des Schachers, der Spekulation zu Herren über tausende Arbeiter geworden sind, ohne daß sie produktive Arbeit leisten, mit Reichtum, Luxus und Leppigkeit überschüttet, während die anderen, die alle Güter schaffen, zu einem Leben verdammt bleiben, das ihre Kinder verkümmern und frühzeitig sterben, ihre Frauen in der Blüte welken und sie selber zu Sklaven der Maschine werden läßt. Diese Vorstellungen von der Unabänderlichkeit dieser Ordnung sind endlich im Schwinden begriffen, der Proletarier weiß, daß die heutige Ordnung nichts Ewiges ist und, wenn auch noch ein langer, mühseliger Weg zurückzulegen ist, doch der Tag der Befreiung von den ökonomischen Fesseln kommen muß, der Tag, da der höchste Sinn und Zweck der Arbeit nicht sein wird, wie heute, als Quelle der Bereicherung der Wenigen zu dienen, sondern der Wohlfahrt und dem Gedeihen aller.

Die Katastrophe von Oppau, welche in einem grauenhaften Bilde das gefährliche Leben des Arbeiters veranschaulicht, wird für die Arbeitenden ein neuer Ansporn sein, dafür zu wirken und zu kämpfen, daß dieser Tag bald herannaht. Dann erst wird das Proletariat jener Wertung zuteil werden, die es von dem Stigma des Parasiten befreit und die Arbeit wird jenen Schutz finden, der ähnliche Katastrophen wie die von Oppau verhindert wird.

Ludwigshafen, 22. September. Die Direktion der badischen Anilin- und Sodafabrik stellt gegenüber übertriebenen Pressemeldungen über die Oppauer Explosionskatastrophe fest, daß nach den ihr bis gestern abends zugegangenen Nachrichten bisher insgesamt 244 Tote zu beklagen sind. Mit einer weiteren Erhöhung der Zahl der Toten und Verwundeten sei zu rechnen, da etwa 70 Leute vermisst seien. (Als ob das nicht furchtbar genug ist. Offenbar ist die nachfolgende Feststellung der Direktion weit wichtiger. Die Red.) Die eigentlichen Fabrikationseinrichtungen des Oppauer Werkes seien verhältnismäßig wenig beschädigt. In den Werken in Ludwigshafen ist der Betrieb ungestört.

### Schauderhafte Einzelheiten.

Berlin, 22. September. (Tsch. P.-B.) Ueber die Explosionskatastrophe in Oppau berichten die Blätter noch eine Reihe von Einzelheiten. Der Explosionsherd stellt sich als ein Trichter von 100 Metern Durchmesser und 50 Meter Tiefe dar. Der Ammoniakbau und zwei Werke sind vollständig vom Erdboden verschwunden. Bis zum Nachmittag waren 300 Leichen geborgen, doch ist die Zahl der Toten weit höher und viele Leichen werden wahrscheinlich garnicht aufzufinden sein. Das Dorf Oppau, welches etwa 6500 Einwohner zählt, ist sogar wie vernichtet. Die Bewohner wurden unter den eingestürzten Häusern begraben, hauptsächlich Kinder, die noch in den

Betten lagen. Die überlebenden Familien kampieren auf dem Felde. Die in der Nähe von Oppau auf dem Felde arbeitenden Landarbeiter sind zum Teil umgekommen. Schwere Eisenstücke sind hunderte von Metern fortgeschlagen. Auf den auf dem Rhein liegenden französischen Frachtdampfern wurden zahlreiche Soldaten verwundet. Das in der Anilinfabrik befindliche französische Wachkommando ist ein Opfer der Explosion geworden. Sämtliche Uhren in Ludwigshafen sind um 7 Uhr 33 Minuten stehen geblieben; das war also der Augenblick der Explosion.

### „Das größte und folgenschwerste Unglück.“

Berlin, 22. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Der Umfang der eusechlichen Katastrophe in Mannheim läßt sich einigermaßen überblicken, das je ein Werk der Industrie und seine Arbeiterschaft getroffen hat. Die „Freiheit“ meint, daß die Mittel zur Unterstützung der Opfer im ausreichenden Maße bereitgestellt werden müssen, und daß jede Aniderei bei der Bewilligung und jede bürokratische Engstirnigkeit bei der Verteilung der Mittel verhindert werden müsse. Ein Gesetz sei nötig, das die Sicherstellung der Opfer garantiere. Es sei notwendig, daran zu erinnern, daß gerade die Aniswerke und verwandte Unternehmungen in den letzten Jahren bedeutenden Gewinn erzielt haben. Die Mittel des Anilin Konzerns müssen im weitesten Umfang zum Aufbau des Werkes herangezogen werden. Der Konzern ist ein Riesentrust, der zur Wiederherstellung des Werkes die Mittel beizustellen durchaus in der Lage ist. Die Arbeiter von Oppau haben ihr Leben verloren, daher müssen ihre Familien in ausreichendem Maße unterstützt werden.

## Ein unseliger Beschluß.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Mit 290 gegen 67 Stimmen hat sich der GÖrlitzer Parteitag der Sozialdemokratischen Partei für die Vorstandesresolution entschieden, die eine Koalition mit allen Parteien ermöglichen soll, sofern sie sich auf den Boden der Republik stellen. In dieser Resolution wird zwar die Deutsche Volkspartei nicht genannt, aber aus den Ausführungen ihrer Befürworter ging doch deutlich genug hervor, daß nur diese Partei gemeint sei. Der GÖrlitzer Beschluß dürfte selbst auf weite Kreise der eigenen Partei wie ein kalter Wassertrahl wirken; die plötzliche Schwankung der Partei kommt für sie ganz unerwartet, denn man hatte von diesem Parteitag eine Kampfare für die Einigung der Arbeiterklasse erwartet und nun soll sich das politische Denken der rechtssozialistischen organisierten Arbeiter auf ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei umstellen.

Bis in die letzten Tage hinein ist von der Presse und von allen Rednern der Sozialdemokratischen Partei die Deutsche Volkspartei als ein ebenso großes Uebel bezeichnet worden wie die Deutschnationale Partei. Niemals, so wurde noch vor wenigen Wochen auf dem Bezirkstag der Berliner Organisation festgestellt, dürfe sich die Sozialdemokratische Partei mit der Partei des Herrn Stinnes in eine Regierung zusammen setzen. Nichts könne der Unabhängigen Sozialdemokratie, so hat man unzählige Male von rechtssozialistischer Seite gehört, einen besseren Agitationsstoff bieten, als wenn die Koalition von Stresemann bis Scheidemann zustande käme. Und nun ist diese Koalition, wenn auch noch nicht ganz fertig, so doch schon so weit vorbereitet, daß sie in der aller nächsten Zeit ins Leben treten kann. Zwar sieht die GÖrlitzer Resolution noch eine Reihe

von Mindestforderungen vor, die an die Deutsche Volkspartei gestellt werden sollen. Mehrere Redner haben aber schon mit Recht darauf hingewiesen, daß die Stinnesleute sich um diese Zwirnsfäden nicht kümmern, daß sie die Forderungen annehmen würden, um schließlich, wenn sie erst einmal in der Regierung sitzen, ihre eigene Politik zu treiben.

Die gewaltigen Kundgebungen nach der Ermordung von Erzberger hatten vor allem den Sinn gehabt, daß die Arbeiterchaft entschlossen sei, der unseligen Zersplitterung ein Ende zu machen und vom gemeinsamen Boden des Klassenkampfes eine einheitlich gerichtete Politik zu treiben. Die große Anzahl von Anträgen, die dem GÖrlitzer Parteitag zur Einigungsfrage vorlagen, zeigte deutlich, daß auch bei den rechtssozialistischen Arbeitern der Wunsch nach Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte außerordentlich rege ist. Statt diese Bestrebungen zu fördern und eine Linie zu schaffen, auf der sich die sozialistischen Parteien zu gemeinsamer Arbeit zusammensuchen könnten, hat der GÖrlitzer Parteitag, wie ein Redner feststellte, eine Scheidewand gegen links errichtet, um sich dafür den Anschluß nach rechts zu sichern.

Wollte die Unabhängige Sozialdemokratie nur parteieigentliche Ziele verfolgen, so könnte sie den GÖrlitzer Beschluß mit außerordentlicher Freude begrüßen. Denn ohne Zweifel wird dadurch der Arbeiterchaft auf neue gezeigt, daß sie nur in der Unabhängigen Sozialdemokratie eine zuverlässige Vertreterin ihrer Interessen hat. Vom Standpunkt des Gesamtinteresses der Arbeiter aus aber muß die Entscheidung des GÖrlitzer Parteitages als ungeheuer schädlich bezeichnet werden. Er wird nicht nur neue Erbitterung in die Reihen des Proletariats hineintagen und die jungen Reime der sich anbahnenden Versöhnung brutal zertreten, sondern er wird den bürgerlichen Klassen eine neue Gelegenheit geben, ihre eigene Position auf Kosten der Arbeiterklasse zu stärken. Das ist nicht allein die Auffassung der Unabhängigen Sozialdemokratie, sie wird auch in weiten Kreisen der rechtssozialistischen Partei geteilt, von allen jenen, denen eine Zusammenfassung der proletarischen Kräfte höher steht als die Bündnisfähigkeit ihrer Partei mit der Bourgeoisie.

Durch die bürgerliche Presse aber geht ein tiefes Aufatmen und der Sozialdemokratischen Partei wird bereits hohes Lob über ihre staatsmännische Haltung gesollt. Man kann das verstehen, denn nichts hat die Bourgeoisie mehr gefürchtet, als daß die Arbeiterklasse sich zur Durchlämpfung der jetzt auf der Tagesordnung stehenden wirtschaftlichen und politischen Fragen in gemeinsamer Front zusammensuchen. Was war es anders, als die Angst vor der Erfassung der Sachwerte, die die Industriellen in den jüngst vergangenen Tagen veranlaßt hat, das Angebot einer im Auslande aufzunehmenden Milliardenleihe an die Regierung zu machen? Nun aber sind sie ihrer Befürchtungen entzogen, denn ein Zusammengehen zwischen Scheidemann und Stresemann, zwischen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei, bedeutet nichts anderes, als daß die Erfassung der Sachwerte auf den St. Nimmerleinstag verschoben und die Steuerfrage so gelöst wird, daß die besitzenden Klassen keiner allzuschweren Belastung ausgesetzt werden.

Durch den GÖrlitzer Beschluß wird aber auch die ganze innerpolitische Situation, soweit sie in der Stellung der Parteien zueinander zum Ausdruck kommt, verschoben. Die Deutsche Volkspartei als gleichwertige Regierungspartei anerkennen, das heißt, der verkappten Reaktion neue Möglichkeiten für die nächste Zukunft eröffnen. Es wurde zwar von einigen Rednern auf dem Parteitag behauptet, daß sich die Gesinnung der Volkspartei in

den letzten Wochen merklich geändert habe. Aber wie eine Schwalbe keinen Sommer macht, so will es noch nichts sagen, daß der eine oder der andere Volksparteier sich für die Republik erklärt hat. Der Charakter der Deutschen Volkspartei wird dadurch bestimmt, daß ihre vornehmsten Träger die Großindustrie und die Hochfinanz sind. Diesen Kreisen ist die Staatsform nur ein Mittel zum Zweck; sie fühlen sich in der Monarchie ebenso heimisch wie in der Republik und sie fragen nur danach, unter welcher Verfassung ihre Geschäfte am besten gedeihen. Sie werden jetzt auch die republikanische Staatsform nur so lange anerkennen, als sie hoffen dürfen, bei ihr die Förderung ihrer Interessen zu finden.

Besonders deutlich wird sich der reaktionäre, arbeiterfeindliche Charakter dieser Partei zeigen, wenn es an die Beratung der Steuer- vorlagen und an die Durchführung des Reparationsplanes gehen soll. Die ganze Arbeiterschaft, von den christlichen bis zu den sozialistischen Arbeitern, hat durch ihre Vertreter erklären lassen, daß die Erfassung der Sachwerte und die Beteiligung des Reiches an den Erträgen der Wirtschaft kommen müsse und daß ohne eine Erfüllung dieser Forderungen eine Gesundung der deutschen Wirtschaft und der Staatsfinanzen nicht zu erreichen sei. Besonders energisch hat sich auch die rechtssozialistische Partei dafür erklärt. Noch während der Beratungen der Regierung mit den Finanzleuten über die Auslandsanleihe, schrieb der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, fast jeden Tag, daß man den Danaern nicht trauen dürfe, auch wenn sie Geschenke brächten und daß die Erfassung der Sachwerte das erste und letzte Gebot der Sozialdemokratischen Partei bleiben werde. Nach Lissa, nach dem Görlicher Parteitag, wird man es wahrscheinlich anders lesen können. Nun wird die rechtssozialistische Führung der Arbeiter auseinanderzusehen suchen, daß man das hochherzige Anerbieten der großkapitalistischen Kreise nicht nur nicht zurückweisen dürfe sondern daß man sie einladen müsse, an der Regierung teilzunehmen.

Aber das eine kann schon jetzt gesagt werden, daß die Masse der Arbeiter diese Schwelung nicht verstehen wird. Das Proletariat hat bekundet, daß es den festen Willen zum Kampfe habe. Der Görlicher Beschluß bedeutet jedoch, daß die Sozialdemokratische Partei diesem Kampfe ausweichen und einen neuen Burgfrieden mit den großkapitalistischen Kreisen schließen will. Ob die rechtssozialistische Partei sich selbst damit einen Dienst erweist, ist schließlich ihre eigene Sache. Die Interessen der Arbeiterklasse werden eine schwere Schädigung erfahren und es wird der angestrengtesten Arbeit bedürfen, um die Verbitterung darüber nicht in Formen ausarten zu lassen, die der Sache des Proletariats noch größeren Abbruch zufügen müßten.

Unser Berichterstatter, dessen Ausführungen die Meinungen der Unabhängigen widerspiegeln, findet viele Gesinnungsgenossen auch innerhalb der Mehrheitspartei. Schon in Görlich sprachen Markwald (Frankfurt), Eckstein (Breslau) und Kiese (Jena) aus ähnlichen Gedankengängen heraus, ihnen schließt sich der Redakteur des „Vorwärts“, Erich Nuttner in der „Sozialistischen Korrespondenz“ an. Er meint, daß die Klassen, die bis vor kurzem gerade nach der entgegen gesetzten Seite hin orientiert worden seien, den Beschluß nicht begreifen würden, und erinnert dem Beifall der bürgerlichen Presse gegenüber an Hebbels Wort: „Beim Lob der bürgerlichen Presse wird mir unheimlich zu Mute, dann habe ich sicher einen Fehler gemacht.“ Die aufkeimende Einheit und damit die Angriffskraft der Arbeiterschaft gehe verloren, die Tätigkeit der Partei im Parlament würde der Stimmung der Massen widersprechen, die Bindung von Antipoden wie Arbeiter- und Stimmvertretern könne keinen Erfolg zeitigen. Weit schärfer und in bitterer Tone widerspricht die Chemnitzer „Volkstimme“. Sie weist dem Referenten des Vorstandes, Krüger, Unsachlichkeit und demagogische Mährchen nach, hebt die Erfolge der allsozialistischen Koalition in Sachsen hervor und verlangt eine solche für das ganze Reich. Was in Sachsen, Braunschweig und vielleicht in Thüringen möglich sei, die Bildung einer reinsozialistischen Regierung, liege auch für Preußen und Bayern nicht so ganz außer dem Bereich der Möglichkeit, um ein Bündnis mit Stinnes und Stresemann zu begründen, deren Parteigenossen eben jetzt 60.000 Metallarbeiter Sachsens ausgesperrt hätten. Es sei bloß zu erwarten, daß die Volkspartei die vernünftigen Mindestforderungen des Parteitages nicht annehmen würde. Täte sie es doch, so würde es ein Scheinmanöver, würden die Betroffenen die Arbeiter sein.

### Inland.

**Eine schwere Geburt.** Die parlamentarische Regierung löst, wie die „Narodni Politika“ meldet, auf Schwierigkeiten hinsichtlich der Zusammenstellung des Programms (!), die Verteilung der Ressorts und die Wahl der Personen, jedoch es nicht bestimmt ist, ob das neue Kabinett noch diese Woche zusammengestellt werden wird. Verschiedene Ueberraschungen sind nicht ausgeschlossen. (Wir werden nicht über das überrascht sein. Anm. d. Red.) Die formale Bereitwilligkeit, in die Regierung einzutreten, haben bereits alle Parteien kundgegeben, aber die Durchführung ihrer Beschlüsse erfordert eine gründliche Lösung.

**Die Kredite für Staatsbeamte.** Die bürgerliche Regierung ist ein strenger Gläubiger. Daß sie ihre Beamten auch so „väterlich“ behandelt, wie sie das jederzeit im Munde führt, davon kann keine Rede sein. Im Gegenteil: in der Fähigkeit, ihre Angestellten eng am Strick der Lohnknappheit und des ständig drohenden Mangels zu führen, nimmt sie den Wettstreit mit jedem privatkapitalistischen Unternehmer auf. Ganz wie dieser treibt sie gewöhnliche Vorschüsse strengstens ein, ob der Lohnslawe dadurch in Not gerät, kümmert sie weiter nicht. Bekanntlich reichen die Beamten- und Bedienstetengebälte zur Not eben noch aus, die täglichen Bedürfnisse der Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung zu decken. Jüngendwelche Anschaffungen an Hausrat oder an Kleibern für sich oder die Familie vom Gehalte zu machen, ist der Staatsangestellte außerstande. Das weiß die Regierung auch ganz gut, weil man es sich an den Fingern der Hand ausrechnen kann. Deshalb hat sie aber noch lange nicht den Weg der Abhilfe beschritten, der unter solchen Umständen einzig zum Ziel führen kann, nämlich der regelmäßiger, sagen wir vierteljährlicher Auszahlung von Anschaffungsbeiträgen. Sondern sie gab solche höchst sporadisch und sprang dafür ihren Angestellten mit einem „Kredit“ bei. Die meisten nahmen diesen Kredit notgedrungen und in der stillen Erwartung in Anspruch, daß dessen Rückzahlung nie oder mindestens erst nach Eintritt geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse werde gefordert werden. Weit gefehlt! Der Brotherr Staat schenkt nichts und er muß sich auch mit der Eintreibung beissen, weil sonst um Gotteswillen einer der Schuldner vorher sterben könnte. Und von der Witwe die Rückzahlung zu verlangen, wäre selbst dem Herrn Nistus peinlich. Also verordnet er, daß vom 1. Oktober „Die Kredite in 12 Monatsraten abzuzahlen sind. Ausgesucht vom 1. Oktober 1921 ab! Wo eine neue Teuerungswelle sich gerade übers Land ergießt; wo dank der plötzlichen Brot- und Mehlbewirtschaftung das Budget jedes Bediensteten mit monatlich mindestens 200 K höher belastet wird! Woher soll eigentlich der Angestellte diese 400 oder 500 K auf Mehl und Kreditrate nehmen? Soll er mit Weib und Kind hungern? Oder ist die Korruption unter der Beamtenschaft noch nicht groß genug und gilt es, ein neues Heer von armen Teufeln auf die Bahn der Spachteln und der Bestechlichkeit zu drängen? Dem latten Spieker wäre das vielleicht ganz recht. Wir aber verwahren uns auf das Entschiedenste dagegen. Der Bürokratie sind wir wahrlich nicht hold. Doch den einzelnen Bediensteten zählen wir als geistigen Proletarier zu unserer Klasse und ihn wollen wir schützen. Wir verlangen, daß der Kredit vorläufig nicht eingetrieben werde. Und bis es an der Zeit ist, darf es nicht in so großen, sondern aus in kaum spürbaren Raten geschehen. Zugleich erheben wir unsere Stimme wieder einmal für die „Altpensionisten“ des verstorbenen Oesterreich. Diese Armen der Armen fristen ihr Leben auf unerklärliche Weise von einem Monat zum andern, weil schöne Versprechungen der Regierung ihren Mut aufrecht erhalten. Zum letzten Male hat Herr Cerny im August erklärt, daß am 1. September erhöhte Altpensionen ausgezahlt werden sollen. Könnten die alten Leuten von Worten leben, so wäre ihnen geholfen. Denn mehr auszubezahlen können sie nicht. Also auch das, worauf sich der „Bürger“ immer so viel zu gute tut, daß sein gegebenes Wort bestehe, ist bei den Herrschaften bis zum Ministerpräsidenten hin auf nicht mehr zu finden! Und nichtwüßend: ausgebetet, zum Narren gehalten, betrogen, verhöhnt die Beamtenschaft noch immer im bürgerlichen Lager! findet nicht den Weg zu ihren einzigen Freunden, zu uns! Was doch alles der leere Schein der Bürgerlichkeit, der „höheren sozialen Stellung“ zu leisten vermag!

**Der Märchenerzähler.** Ministerpräsident Cerny ließ sich in Preßburg von einem Redakteur des dortigen „Grenzboten“ — na, sagen wir — anhören, wobei Herr Cerny dem neugierigen Redakteur folgenden Vären au, and: „Die Rechte und damit auch die Pflichten der Minoritäten sind in der Verfassung des tschechoslowakischen Staates festgelegt. Es kann und wird in keiner Weise von diesen festliegenden Prinzipien abgewichen werden. Die Minoritäten haben den Schutz der Verfassung hinter sich, sie können sich im gegebenen Raume

nach bester Möglichkeit entwickeln und wenn auch in dieser Hinsicht einzelne Wünsche und mehr oder minder berechnete Forderungen von Seite der Minoritäten entstehen, so wird man auch ihnen im Sinne der Verfassung Raum geben müssen.“ Mit einem Wort: Die Minoritäten müssen sich schämen lassen, ob sie nun wollen oder nicht, denn „von diesen festliegenden Prinzipien kann nicht abgewichen werden.“ Offenbar sind sie selber Schuld daran, wenn ihnen die Schulen gesperrt werden und ihre Sprache keine Berücksichtigung findet. Man bindet einem Manne Hände und Füße und dann rät man ihm, sich nach besten Möglichkeiten zu entwickeln! Dem Herrn Ministerpräsidenten wird man Sinn für Humor nicht absprechen können.

### Der Görlicher Parteitag.

**Kampfanzeige durch den Görlicher Parteitag.** Berlin, 22. September. (Tsch. P. B.) Auf dem Görlicher Parteitag wurde gestern vom Abg. Tren aus Nürnberg ein scharfer Angriff gegen die bairischen Zustände vorgebracht. Wie Tren u. a. sagte, ist die neue Regierung bereit, mit eisernem Besen auszugehen und dabei kann sie auf die Unterstützung der bairischen Arbeiterschaft rechnen. Will sie aber das System Nahrts beibehalten, dann geben wir das feierliche Versprechen, daß es in Bayern einen Kampf geben wird, wie ihn Deutschland noch nicht erlebt hat. Das Maß ist voll bis zum Ueberfließen. Wenn es zum Kampfe kommt, dann stehen wir alle geschlossen. Wir werden auch solche Mittel anwenden, wie sie bisher im politischen Kampfe noch niemals zur Anwendung gekommen sind. Der Vorsitzende Wels sagte darauf: Alle, die es wagen sollten, die bairische Arbeiterschaft um die Früchte der Revolution zu bringen, sind durch die Rundgebung der größten Partei im Deutschen Reich gewarnt. Die Sozialdemokratie blüßt nicht. Uns ist es ernst und die Vorbereitungen zum Kampfe haben wir getroffen. Die Maßnahmen, die wir getroffen haben, machen jede Reaktion der Regierung auch für ganz kurze Zeit zu einer Unmöglichkeit.

**Görlich, 22. September.** (Tsch. P. B.) Der Reichstagsabgeordnete und Parteivorstand Hermann Müller sprach heute auf dem sozialdemokratischen Parteitage über die Wirkungen des Versailler Vertrages. Seinem Referate schickte er einige Feststellungen der sozialdemokratischen Parteileitung über die Stellung zum Kabinett Wirth voraus. Er sagte, daß dieses Kabinett im Auslande im allgemeinen als Kabinett der versuchten Vertragserfüllung angesehen werde. Jetzt bringe die deutsche Presse Nachrichten über eine Umbildung der Reichsregierung. Die Sozialdemokratie sei, so wird behauptet, entschlossen, den Reichskanzler Wirth fallen zu lassen und bekomme dafür den Reichskanzlerposten, und andererseits sei sie bereit, den Posten des Reichspräsidenten an das Zentrum abzutreten. Alle diese Nachrichten erklärte Hermann Müller Wort für Wort für unwahr und fügt erklärend hinzu, daß der Görlicher Parteitag keine Beschlüsse gefaßt habe über die Umbildung der Reichsregierung. Es habe sich in Görlich nur darum gehandelt, gewisse Grundzüge aufzustellen für eine eventuelle künftige Regierungsänderung im Reiche. Es sei auch schwer, zu verstehen, warum gerade die Presse, die immer beiont habe, daß eine Reichsregierung auf breiteren Grundlagen gebildet werden müsse, dieses Ziel durch solche Schwindelmeldungen erreichen will. Die Sozialdemokratie habe es überhaupt nicht so eilig mit einer Umbildung der Reichsregierung. Sie bringe das Opfer des Mitregierens und bitte die Preßorgane, sich lieber mit der Frage zu beschäftigen, wieviel der Besitz zahlen werde, wenn die große Steuervorlage kommt. Bis dahin müsse man alle Kombinationen unterlassen.

### Die deutsche Reaktion.

**Die bairischen Koalitionsparteien gegen Pochner.** Berlin, 22. September. (Tsch. P. B.) Nach Münchner Meldungen des „Berliner Tageblatt“ werden die drei bairischen Koalitionsparteien im Landtage voraussichtlich einen Antrag einbringen, worin die Entfernung des Münchner Polizeipräsidenten Pochner von seinem Posten gefordert wird. **Expedieren gegen das Kabinett Wirth.** Berlin, 22. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“) Raum hat der Parteitag von Görlich seinen Beschluß betreffend die Teilnahme der Reichssozialisten an der Koalitionspolitik gefaßt, so begannen schon die reaktionären Kreise eine wilde Hege gegen

das Kabinett Wirth. An diesem Treiben beteiligt sich nicht nur die deutschnationale Volkspartei, sondern auch Angehörige der deutschen Volkspartei, mit der die Rechtssozialisten eine Koalition abschließen wollen, schließen sich der Hege an. Die Zentrumspresse sieht sich bereits genötigt, in scharfer Weise diese Angriffe zurückzuweisen. So erklärt die „Germania“, das Hauptorgan des Zentrums, in der heutigen Morgenausgabe, daß sich der Prozeß der Diskreditierung Wirths in ähnlichen Formen abspiele, wie dies bei Erzberger der Fall war. Er werde bereits ein elender Dilettant genannt und ein Verräter deutscher Interessen. Auch die übrige Zentrumspresse tritt den Treibern gegen Wirth energisch entgegen.

### Stephan Friedrichs Raubzug.

Rom, 22. September. (Tsch. P. B. Funf.) Das Ultimatum der Ententemächte ist bei der ungarischen Regierung eingetroffen. Die Aufständischen in Westungarn beschloßen, das Land bis zum Neuherten zu verteidigen. Die ungarische Regierung beruft Truppen ein. Die Lage gilt als sehr ernst. Die italienische Presse gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die ungarische Regierung weitere Entwicklungen vermeiden werde.

### Was geht in Westungarn vor?

Wien, 22. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Auf dem Ostbahnhof traf heute ein Telegramm von österreichischen Militärbehörden an der Grenze ein, daß der Zugverkehr zwischen Kiraly-Hida und Fahrendorf eingestellt sei. Es scheint also in Westungarn etwas vorzugehen.

### Ueberreichung des Ultimatum's.

Budapest, 22. September. Wie „Budapesti Hirlap“ meldet, ist ein Ultimatum der Entente an die ungarische Regierung bereits in Budapest eingetroffen. Es wurde im Laufe des heutigen Vormittags durch die Budapestener Ententevertreter dem Grafen Bethlen überreicht.

### Demission des Finanzministers Hegedüs.

Budapest, 22. September. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung teilte Finanzminister Hegedüs seine Demission mit. Er will die Verantwortung für die Art und Weise der Verhandlungen nicht übernehmen, durch welche die Gehaltserhöhung der Beamten ermöglicht werden soll.

### Sozialistischer Wahlsieg in Schweden.

Berlin, 22. September. Der „Vorwärts“ meldet aus Stockholm: Bei den Reichstagswahlen in Schweden wurden bisher 25 sozialdemokratische, 14 Konservern, 8 Liberale und 4 vom Bauernbund gewählt. Die Sozialdemokraten eroberten bisher 5 neue Sitze, und zwar 4 von den Konservern und einen von den Liberalen. Es scheint, daß eine sozialdemokratische Regierung aus der Wahl hervorgehen wird.

### Der polnisch-russische Konflikt.

**Das russische Regierungsblatt über das polnische Ultimatum.** Moskau, 22. September. (Funf.) Die „Pravda“ schreibt zur Ueberreichung des polnischen Ultimatum's: Der Verlauf der Warschauer Regierungskrise vergrößert die Gefahr der polnischen befristeten Note. Es wäre Leichtsin, sich und das Volk bezüglich der Lage zu täuschen. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist noch nicht der Krieg, aber ein Schritt zum Kriege. Man muß auf alles gefaßt sein. Die russische Regierung hat nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten bewiesen, daß sie mit allen Kräften den Frieden will. Wenn nunmehr die europäische Presse von allen Seiten mit Nachrichten überschwenmt wird, daß Rußland sich zum Kriege mit Finnland, mit Rumänien, ja sogar mit Estland und Lettland rüstet, so liegt nicht der geringste Zweifel vor, daß wir es mit dem Versuche eines Ueberfalls auf Rußland im Zusammenhange mit der Hungersnot zu tun haben. Der Versuch, einen Krieg gegen Rußland zu führen, wäre der letzte, Osteuropas wirtschaftlichen Wiederaufbau zu verhindern.

### Die französische Offensive gegen Rußland.

**Trochis Friedensbereitschaft.** Moskau, 22. September. (Tsch. P. B. Funf.) Trochis hielt vor dem Moskauer Sowjet eine Rede, in der er ausführte: Am 3. September hat die französische Regierung Polen befohlen, an uns ein Ultimatum zu richten. Sie hat dabei darauf gerechnet, daß die Lage es uns nicht erlauben werde, das Ultimatum zurückzuweisen. Für den gegenteiligen Fall hat Frankreich den Polen und Rumänien volle Hilfe im Kampfe gegen Rußland versprochen. Nach längerem

Schwanken hat die polnische Regierung das Ultimatum mit dem Termin 5. Oktober gestellt. Bis dahin werden die Sowjetdiplomaten alles tun, damit die Friedensidee nicht nur beim polnischen Volke, sondern auch bei der polnischen Bourgeoisie durchdringe. Trotzlosig seine Rede mit den Worten: „Wir sind bereit, Verhandlungen zu führen und rufen dem polnischen Volke zu: Wenn es der polnischen Bourgeoisie nicht gelingt, die Moderatoren zur Vernunft zu bringen, so ist es Sache der polnischen Arbeiter und Bauern, die Bourgeoisie zur Vernunft zu bringen.“

Daraufhin fasste der Moskauer Sowjet folgende Entschliessung: Nach Anhörung des Berichtes des Genossen Trocki über die internationale Lage erklärt der Moskauer Sowjet angesichts der Arbeiter der ganzen Welt, daß die Arbeiter Russlands, um ihre Erfolge in der Bekämpfung der Hungersnot nicht zu gefährden, zum Frieden bereit sind und alle Kräfte anspannen wollen, um ihn zu erhalten.

### Der Eisenbahnerstreik in Deutschösterreich.

#### Der Streik beendet.

Wien, den 22. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Der Streik der Eisenbahner wurde im Laufe des Nachmittags gemäß den Weisungen des Zentralausschusses der Organisationen überall beendet. Schon früher hatten auf den einzelnen Bahnen, besonders auf der Westbahn, die Arbeiter den Beschluß gefaßt, die Arbeit aufzunehmen. Von der Südbahn waren aber große Gruppen von Streikenden unter Führung von Kommunisten zu allen Bahnhöfen gezogen und hatten unter Drohungen die Einstellung des Verkehrs durchgesetzt. Auch auf dem Westbahnhof kam es zu stürmischen Diskussionen und die Demonstranten drohten, da sie in den Bahnhof nicht eingelassen wurden, vom Geleise aus jeden abfahrenden Zug mit Steinen zu bewerfen. Schließlich gelang es aber den Westbahnern, die Demonstranten davon zu überzeugen, daß sie sich von den Weisungen der Organisation nicht würden abhalten lassen. Im Laufe des Vormittags wurden auch bereits einige Züge abgefertigt, und auch auf den anderen Bahnen wurden Beschlüsse gefaßt, sich gegen die Gewaltakte der Kommunisten eventuell mit Gewalt zu verteidigen. Schließlich wurde auch auf der Südbahn von den Streikenden beschlossen, den Verkehr wieder aufzunehmen, und es ist auch im Laufe des Nachmittags der Streik überall beendet worden. Eine Gruppe von Demonstranten war auch Vormittags von der Westbahn aus zur Arbeiterzeitung gezogen und hatte dort gegen die von der Arbeiterzeitung heute früh veröffentlichte Parole zur Arbeitsaufnahme demonstriert. Eine Abordnung erschien in der Arbeiterzeitung und erklärte, daß ein Teil des Berichtes, namentlich über die Bedrohung des Abgeordneten Tomaszik nicht richtig sei.

Die Obmännerkonferenz des Kreisarbeiterrates hat heute abend getagt und einen Beschluß gefaßt, worin es heißt: „Die Obmännerkonferenz erklärt, daß in Anbetracht der konterrevolutionären Gefahr die Aufrechterhaltung des gesamten Verkehrs ein Lebensinteresse der ganzen Arbeiterklasse ist, insbesondere muß jede Störung der Verbindung mit unseren braven Wehrmännern an der Front ausgeschlossen bleiben. Die Obmännerkonferenz dankt den Ordern des Arbeiterrates, die sich auch diesmal angesichts der realen Gefahr um die Aufrechterhaltung der Kampfeinheit des Proletariats bemüht haben. Die Obmännerkonferenz verurteilt aufs Tiefste die Haltung der „Roten Fahne“, die heute in frivolster Weise die Interessen der Arbeiterklasse im Kampfe gegen die Reaktion gefährdet hat.“

#### Bereinbarungen und Demonstrationen.

Wien, 22. September. Amtlich. Zwischen der Regierung und den Eisenbahngestellten besteht nach den nunmehr abgeschlossenen Verhandlungen keine Streitfrage mehr. Sämtliche Eisenbahnerbetriebe sind seit heute früh in vollem Betriebe. Auf den Bahnhöfen können jedoch die bereitgestellten Züge nicht abgelassen werden, da „verantwortliche Elemente die Arbeitswilligen terrorisieren und, wie dies auf der Süd- und Westbahn oft der Fall war, den Abgang der Züge zu verhindern. Aus den gleichen Elementen bestehende Gruppen zogen auch im Laufe des Vormittages vor die Redaktion der „Arbeiterzeitung“ und demonstrierten dortselbst.

#### Eine Warnung der Arbeiterzeitung.

Wien, 22. September. (Tsch. P.) Die Arbeiterzeitung bringt in ihrer heutigen Nummer an leitender Stelle einen Aufruf an die Eisenbahngestellten, in welchem sie auf das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Bundeskanzler Schöber verweist und die Eisenbahngestellten zum unverzüglichen Antritt der Arbeit auffordert. Das Blatt erklärt, die Situation sei sehr gespannt, zumal da in Magharien jeden Augenblick ein russischer Putsch

erfolgen kann. Die stärkste Waffe Österreichs in einem solchen Momente ist, Verkehrsmittel zur Hand zu haben. Wer im Streike verharret, ist bewußt oder unbewußt ein Werkzeug der Reaktion.

Die Telegrafien- und Telefonangelegungen übermittelten der Zeitung ähnliche Forderungen wie die Eisenbahngestellten und stellten ein Ultimatum bis morgen.

#### Streik der Sparsassenbeamten.

Wien, 22. September. Die Angestellten der Postsparkasse sind heute früh in den Streik getreten. Sie wollen dadurch ihre Einreihung in höhere Gruppen erzwingen, um ihre Ueberführung in günstigere Klassen der neuen Gehaltsreform zu erleichtern.

#### Neuerliche Demonstrationen gegen die Vörs.

Wien, 22. September. (Tsch. P.) Heute Mittag gegen 1 Uhr fand abermals eine Demonstration gegen die Börse statt, an der sich meist Frontkämpfer beteiligten. Sie versuchten in die Börse einzudringen, wurden jedoch durch energisches Einschreiten der Polizei daran gehindert. Die Polizei nahm 10 Verhaftungen vor. Gegen 2 Uhr trat wieder Ruhe ein.

#### Letzte Nachrichten.

Eine Mutmaßung über die Ursache der Oppauer Katastrophe. — 800 Tote, 2600 Verletzte.

Mainz, 22. September. (Habas.) Wie es scheint, ist die Explosion in Oppau bei Versuchen mit der Komprimierung eines neuen noch nicht genügend bekannten Gases erfolgt. Um 7 Uhr abends waren 800 Leichen geborgen und 2600 Verletzte in Pflege. Die Telegraphen des französischen Oberkommisariates nahmen mit dem Bürgermeister Fühlung. Der französische und der deutsche Sanitätsdienst arbeiten zusammen. Die deutschen Behörden haben den General Degoutte, der französischen Regierung den Dank für die schnelle und wirksame Hilfe zu übermitteln.

Berlin, 22. September. (Wolff.) Die Reichsregierung hat 10 Millionen Mark zur Ueberbrückung der Not der von der Explosion in Oppau betroffenen Personen beim Reichsrat und Reichstag angefordert.

Mainz, 22. September. (Wolff.) Wie mitgeteilt wird, hat der französische Oberkommissar in den Rheinlanden, Tirard, der Arbeitergewerkschaft in Ludwigshafen als erste Beihilfe für die Familien der Opfer in Oppau 75.000 Mark überreichen lassen.

#### Der Arbeiterausschuß für den russischen Hilfsfond.

Am Donnerstag, den 22. September l. J., hielt der Arbeiterausschuß für den russischen Hilfsfond unter Vorsitz des Abgeordneten Habrman eine Sitzung ab. Der Ausschuß beschäftigte sich mit dem Aufruf der kommunistischen Partei, welche, wie bekannt, aus dem Arbeiterausschuß ausgetreten ist und eine eigene Aktion unter der Firma „Kommunistischer Hilfsausschuß für Rußland“ eingeleitet hat. In diesem Aufruf fordert die kommunistische Partei auf, es mögen jene, welche bereits für den gemeinsamen Arbeiter-Hilfsausschuß an die Allgemeine Genossenschaft Gelder abgeführt haben, diese zurückverlangen oder, insofern sie die Ergebnisse der Sammlungen noch in Händen haben, sie an die Adresse des kommunistischen Hilfsausschusses abliefern. Der Arbeiterausschuß gab einmütig der Auffassung Ausdruck, daß die kommunistische Partei keinerlei Anspruch auf die Rückstellung dieser Sammlungen habe. Dessen ungeachtet ist der Arbeiterausschuß bereit, der kommunistischen Partei das Ergebnis der von ihren politischen Organisationen abgeführten Beträge zu übergeben. Insofern diese politischen Organisationen die Sammlungen an die Genossenschaftsbank noch nicht eingeschickt haben, stellt der Arbeiterausschuß an sie keine Ansprüche, doch fordert er die Ausweisung darüber. Gleichzeitig wurde erklärt, daß es als Veruntreuung erachtet werden müßte, wenn Gelder, welche auf den Aufruf des gemeinsamen Arbeiterausschusses durch andere Organisationen als die kommunistischen, gesammelt wurden, dem kommunistischen Hilfsausschuß übergeben werden würden. Der Arbeiterausschuß konstatiert auch, daß die Behauptung der kommunistischen Partei, daß die Sammlungen des Arbeiter-Hilfsfondes zu konterrevolutionären Zwecken verwendet werden sollten, nicht der Wahrheit entspricht und lediglich verwerflichen Agitationsbedürfnissen entspringt, denn der Arbeiterausschuß ist darin vollkommen einig, daß das Ergebnis der Sammlungen in Rußland zur Hilfe für die Hungernden unter solchen Umständen verwendet werden, welche jeden politischen Mißbrauch ausschließen. Dabei wird der Arbeiterausschuß die Mitwirkung der Sowjetregierung insbesondere nach der verkehrstechnischen Seite hin nicht ausschließen.

wobei er zur Bedingung stellt, daß die Zustellung unter der Kontrolle des europäischen Proletariats erfolgt, damit die Aktion vollkommen ihren Zweck erfülle. Der Arbeiterausschuß beschloß auch, die Aufforderung ergehen zu lassen, das Ergebnis der Sammlungen spätestens bis zum 15. Oktober 1921 an die Adresse des Arbeiter-Hilfsausschusses für Rußland, Prag I., Abgeordnetenhaus, gelangen zu lassen. Der Arbeiterausschuß ist der Ueberzeugung, daß die beschlossene Einigung der Durchführung und Verbuchung der Sammlungen dringend geboten erscheint, damit die Aktion so bald wie möglich beendet und die gesammelten Gelder nach Rußland geschickt werden können.

#### Tages-Neuigkeiten.

„Gas“. Das Leben in seiner harten Realität ist furchtbar eiferfüchtig. Selbst dem lächelt auspreisenden Dichter weidet es seine Phantasie und übertreibt ihn durch Wirklichkeiten. Wie rein und groß steht doch die Explosionskatastrophe in Georg Kaisers erschütternder Tragödie „Gas“ neben dem unausdenkbar schrecklichen Blutaltar von Leichen und zerrissenen Leibern, den das Leben sich und der Gewinnwelt eben jetzt zu Ehren errichtet hat. Dort im Drama hat ein hochstrebender Menschenfreund seine geniale Erfindung den Brüdern u. Schwestern zur Verfügung gestellt, um sie aus Not und Arbeitsflaverei zur Freiheit des Geistes emporzuführen. Jedes Mädchen des Sähpapapapates klappert, Vorlicht und Sorgfalt stehen wachend auf ihrem Plage. Aber in der Erfindung selbst lauert der Tod. Ihre restlos stimmende Formel beweist, daß es von Zeit zu Zeit zur Explosion kommen muß und dann tritt an Fabrikanten und Arbeiter die Frage heran: Sollen wir das „Gas“, diesen Erlöser der Menschheit weiter verfertigen oder sollen wir, um uns zu schonen, die Menschheit wieder in die dunkle Nacht zurückfallen lassen? Und die Arbeiter, diese opferfrohen Hadsfinder der Zukunft, treten tapfer fürs Menschengeschlecht in die Bresche! Von Explosion zu Explosion, am Wobse aller zu arbeiten, heißt ihr letzter heroischer Entschluß. So hat Georg Kaiser die Tragödie einer großen Gaskatastrophe gedichtet, blutenden Herzens, doch freudig-prophetischen Sinnes. Was des Lebens Wirklichkeit im K. Linienwerk Oppau getan hat, birgt nichts des Erhebenden, es drückt nur gräßlich nieder. Statt Menschenfreundchaft und Erlösergedanken hat hier die Jagd nach Profit geherrscht. Das Gas, das man in Oppau zur Zeit des Krieges verfertigt, baute nicht auf, sondern türmte Leichen auf Leichen. Und die Arbeiter, die durch die Tore der Fabrik strömten, dienten keiner Idee, opferien sich nicht bewußt dem Wohle der Gesamtheit. Nein, des Lebens nackte Not bannte sie in diese gefahrerfüllten Räume, der Molch Kapital hat sie, die so gern leben wollten, gleichmäßig verflungen! In den Abgrund, der zwischen sozialer, bis zum Tode pflichtgetreuer Arbeit und zwischen der blutsaugerischen Lohnflaverei klafft, leuchtet der Unterschied zwischen der Tragödie eines Dichters und dem grausen Sachspiel des Lebens grell hinein.

Unser Feuilleton. Der Schluß der Erzählung „Der Berg“ von Karl Capel mußte wegen Raummangel für morgen zurückgestellt werden.

Jhadora Duncans kommunistischer Gruß. Jhadora Duncan, die weltberühmte Tänzerin, die zur Zeit in Moskau weilte, hat von dort ihren Pariser Freunden ein Telegramm geschickt, das wir in der Berliner „Roten Fahne“ abgedruckt finden. Jhadora Duncan ist begeistert von der gewaltigen Woge der Befreiung, die sich in Rußland erhoben hat — wir teilen diese Begeisterung mit ihr. Die große Künstlerin, deren Seele tiefes soziales, ja vielleicht auch sozialistisches Empfinden heberbergt, sagt ganz so wie wir, daß nur die Vereinigung aller Arbeiter der Welt, nur die Internationale die Zivilisation der Zukunft retten kann. Aber ihre Eindrücke von Moskau und Rußland sind doch nicht mehr als die Eindrücke eines Künstlers, sind — wie sie selber gesteht — mehr gefühlt als überlegt. Sie will und kann, was in Rußland vorgeht, nicht nach den materiellen Tatsachen beurteilen, sie fühlt nur das Neue kommen, und weil sie es in Rußland am stärksten fühlt, glaubt sie in ihrer reichen Seele an die Unfehlbarkeit nicht nur der Idee, sondern auch ihrer russischen Ausfüh-rung. Es ist wohl erhebend für jeden, der den Kommunismus will, einen ganzen Menschen wie die Duncan für unsere Sache begeistert zu sehen. Aber mit dem Glauben, mit dem Herzen allein, läßt sich die alte Welt nicht stürzen, eine neue nicht aufbauen. Jedes Wort der Duncan — und so geht es den meisten Künstlern und Aestheten, die ihre Gefühle in den Dienst des Bolschewismus stellen — ist ehrlich gemeint, aber sie reden alle miteinander an dem Problem vorbei. Sie wollen die harten

materiellen Tatsachen nicht sehen, und wenn sie sehen, sehen sie sich mit hohem Empfinden darüber hinweg.

Schmuck bei der Modenschau. Das „Prager Tagblatt“ hatte Mittwoch seinen Sonder-Schmuck in den Prager Lucernasaal entsendet, damit er ein Stimmungsbild über „die aus allerhand Stoffen, aus Seide, Brokat und Pelzen komponierte Farbensymphonie von Pariser Modellen“ liefere. Schmuck nahm sich flugs ein französisches Wörterbuch, stürzte in die Modenschau und empfand schwingend nach, was dort „100 sachkundige Damen“ als Ergebnis ihrer Prüfung von sich gaben. Wir wollen unseren Arbeiterinnen, die leider nicht Gelegenheit hatten, sich selber auf der Modenschau passende Modelle für ihre Herbst- und Wintertoilette auszusuchen, mit ein paar Zitate aus Schmucks Bericht den Weg weisen: „Zierliche Mannequins trugen die prächtigen Kreationen schwebenden Schrittes von der Bühne ins Parterre hinab... ein apart arrangierter Charmeufers, die Taille ganz aus korblilaunen Pailletten mit Goldbein, sowie ein prächtiges schwarzes Paillettenkleid erregten Bewunderung. Entzückend waren zwei beige-farbene Kostüme mit Maulwurf hochverbrämt, dann einige aparte Fellkleider und insbesondere ein kostbarer Mantel, unter ihm ein Kleid, der Rock aus Maulwurf, die Taille blau und taube gefärbt. Eine große Anzahl schicker Hüte mit lähn geschwungenen breiten Rändern und apart geschmückt... Man sieht, Schmuck befand sich in nicht geringer Ekstase. Muß wohl auch sein. Die verschiedenen Firmen, die im Lucernasaal ausstellten und für die das „Prager Tagblatt“ namentlich ganz u. n. s. o. n. s. t. Reklame macht, würden es sich auch nicht gefallen lassen, wenn der Sonder-Schmuck nicht alles entzückend fände. Zum Schluß scheint er aber doch einen Kollaps erlitten zu haben — oder war es nur Verzückung, die ihm den Satz abrang: „... der wissenschaftliche Ernst der Funktion blieb gewahrt.“ Welche Funktion? Was für eine Wissenschaft? Wir erbiten rechtzeitig Antwort im Briefkasten, damit der Ernst auch weiterhin gewahrt bleibt.

Das ungeheure Wachstum der Prostitution und der Geschlechtskrankheiten, daß seit Kriegsausbruch überall zu verzeichnen ist, wird an Wiener Verhältnissen in einem Aufsatz des Wiener Polizeibeamten Dr. Dehmal beleuchtet, der in der „Deutschen Sicherheit, Polizeirundschau für die österreichische Bundes- und Gemeindepolizei“ erschienen ist. Aus Dehmals statistischen Material ist zu ersehen, daß seit dem Kriege die Erwerbsprostituierten immer mehr in den Hintergrund traten, während die sogenannten Gelegenheitsprostituierten die einer Arbeit nachgehen und sich nur gelegentlich zur Erhöhung ihres Lohnes oder ihres sonstigen Einkommens prostituierten, immer zahlreicher wurden. Gerade diese Form der Prostitution, der sich infolge der durch den Krieg geschaffenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse auch Beamtinnen, Verkäuferinnen, Straßenbahn- und Eisenbahnschaffnerinnen, Frauen von Soldaten und Töchter höherer Beamten und Offiziere hingaben, ist gefährlicher als die Erwerbsprostitution. Sie breitete sich mit unheimlicher Raschheit aus und trug ganz außerordentlich zur Verbreitung der Geschlechtskrankheiten bei. In welchem Maße sich die Prostitution in den letzten Jahren ausgebreitet hat und welche gefährliche Formen sie angenommen hat, ergibt sich daraus, daß im Jahre 1918 in Wien 5540, im Jahre 1919 6666 und im Jahre 1920 7627 Frauen durch polizeiliche Organe wegen Ausübung der unkontrollierten Prostitution angehalten wurden, von welchen im Jahre 1918 1480, also 26.9 Prozent, im Jahre 1919 1725, also 25.9 Prozent, und im Jahre 1920 1831, also 24.1 Prozent, geschlechtskrank waren. Werden diese Zahlen mit den für die Jahre 1912 bis 1914 angegebenen Zahlen verglichen, so ergibt sich, daß die Zahl der Angehaltenen ungefähr auf das Dreifache gestiegen ist und daß ein Viertel der Angehaltenen geschlechtskrank ist, während in den Vorkriegsjahren etwa der zehnte Teil der Angehaltenen geschlechtskrank war. Dazu kommt, daß sich die Prostituierten aus Gesellschaftskreisen rekrutieren, die vor dem Kriege von der Prostitution fast ganz verschont geblieben sind. Die Berufsstatistik der Prostituierten zeigt diese Verhältnisse ziemlich deutlich. Während nämlich vor dem Kriege mehr als 40 Prozent der kontrollierten Prostituierten ehemalige Hausgehilfen waren, sind unter den im Jahre 1920 zum erstenmal unter Kontrolle gestellten Frauen nur noch 19.5 Prozent frühere Hausgehilfen. Dagegen hat sich die Zahl der Arbeiterinnen stark vermehrt. — Die Verhältnisse in Prag unterscheiden sich von den Wiener Verhältnissen kaum wesentlich. Auch hier schwillt die Prostitution ungeheuerlich an, insbesondere die geheime Prostitution, die eine höhere Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten mit sich bringt. Das aber ist die große Gefahr, der erhöhtes Augenmerk zuzuwenden ist. Für den Klassenbewußten Arbeiter müssen diese Tatsachen ein neuer Impuls sein, sich mit allen seinen Kräften gegen eine Gesellschaft zur Wehr zu setzen, die solche Wunden am Gesellschaftskörper erzeugt

Die „mildere“ Praxis gegen die Rheinlandbevölkerung. Die deutschen Rheinlande seufzen schwer unter den Lasten der französischen Einquartierung. Die Ansprüche des Militärs wurden immer unerschämter, sodass sich sogar die Rheinlandskommission genötigt sah, durch eine Verordnung genau zu bestimmen, was jeder Armeegehörige seinem Dienstgrad gemäß an Zimmern, an Möbelstücken, an Heizung und Beleuchtung von seinem deutschen Quartierwirt zu beanspruchen hat. Das „Reglement“ gibt einen Begriff von dem, was der französische Militarismus unter einer „milderen Praxis gegenüber der rheinischen Bevölkerung“ versteht. Zum Beispiel sieben Angehörigen des Mannschaftsstandes bei Unterbringung in Bürgerquartieren unter anderem an Einrichtungsgegenständen zu:

Kuhesessel, Büfett, Kredenzstisch, Ausziehtisch mit Teppich, „ein kleines rundes Tischchen“, Salattafel, Obstschale, „zwei Radierstiftchen“, je eine Gemüse-, Salat-, „tische“ Gläser, sechs „gute“ Weingläser, sechs Sektgläser, sechs Lilugläser, eine runde Schüssel, zwei Karaffen mit Kristallunterfassen u. s. w.

Das alles für einen Soldaten! Man wird danach ersehen können, was erst die französischen Offiziere an Einrichtungsgegenständen zu fordern haben. Die Aufzählung alles dessen, was der deutsche Quartiergeber seinem französischen Quartiernehmer in dieser Hinsicht zu stellen hat, umfasst — bis zum diskretesten Geschirre hinab — so ziemlich alles, was ein vermöglicher Geschmack von einer hochherrschastlichen Wohnungseinrichtung irgendwie zu verlangen berechtigt ist. Dabei begnügt man sich keineswegs etwa mit einer den gerade im Rheinland so besonders traurigen Wohnungsverhältnissen angepaßten Anzahl von Zimmern. So hat zum Beispiel ein lediger Oberst, wenn er eine nicht-möblierte Wohnung gestellt bekommt, nicht weniger als fünf Herrschaftszimmer, zwei Burschenzimmer, Küche und Stall zu fordern; ein lediger Oberstleutnant immer noch vier Herrschaftszimmer mit dem erwähnten Zubehör. Das einem General im gleichen Falle ein ganzes Haus zusteht, wird nicht wundernehmen. — Man kann wirklich nicht behaupten, daß diese „mildere“ Praxis etwas zur Völkerverjüngung beitragen wird.

Störung von Vorträgen der Heilsarmee. In Neu-Smichow an der Ode der Radliger- und Postviertelstraße veranstaltete vorgestern zwischen 7 und 9 Uhr die Heilsarmee Vorträge mit Musik und Gesang. Um die Sänger versammelten sich etwa 100 Personen, welche das Beginnen der Mitglieder der Heilsarmee mißbilligend kritisierten. Schließlich kam es zu einem großen Aufruhr, sodass die Polizei den Mitgliedern der Heilsarmee zu Hilfe eilte und ihnen für ihre Gefänge und Vorträge Ruhe schaffte.

### Kleine Chronik.

Zur Explosionskatastrophe in Queensland wird aus Brisbane unter dem 21. d. gemeldet: Bisher sind 37 Leichen von den Opfern der Explosion in dem Bergwerke von Mount-Rulligan bei Cairns geborgen. Es besteht wenig Hoffnung, die übrigen 33 Vermissten zu retten.

Unruhen in Belfast. London, 22. September. In Belfast haben sich gestern erneut Zusammenstöße zwischen Katholiken und Protestanten ereignet. Stenweise benutzten die Ruhestörer Flinten, Maschinengewehre und Handgranaten. Zwei junge Leute wurden schwer verwundet.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Sonderbare Blüten der Ernährungspolitik. Der heutige trockene Sommer zwang die Landwirte wegen Futtermangel Vieh zu verkaufen. Die Folge war unter dem freien Handel ein Sinken der Vieh- und Fleischpreise. Da kam die Regierung unseren Agrariern für die sie ja

immer ein fühlendes Herz hat, zu Hilfe mit einer Ausfuhrerlaubnis für Rindvieh und Pferde. Wie es schon in einem so geordneten Staatswesen geht, sind neben dem erlaubten Ausfuhrkontingent auch eine fast ebensogroße Menge unerlaubter Rinder über die Grenze gegangen. Es ist selbstverständlich, daß bei so massenhaften Abverkäufen ins Ausland die Preise wieder anziehen mußten. Heute hat die Regierung wohl, angesichts der Gefahr einer Ernährungskrise die Ausfuhrerlaubnis zurückgezogen, aber den Händlern ist der Appetit gekommen und sie können sich mit dieser Maßregel nicht abfinden. Es hat sich ein lebhafter Schmuggel mit Vieh über die Grenze entwickelt, der seinen Mann nähren muß, sonst würden die Händler das Risiko der Beschlagnahme ganzer Herden Rindvieh nicht auf sich nehmen. Da berichtet die „Strauer Morgenzeitung“ vom 20. September aus Rattowitz: Seit mehreren Wochen sind in der Tschechoslowakei die Viehpreise wesentlich gefallen. In den Grenzorten macht sich ein lebhafter Viehsmuggel nach Oberschlesien bemerkbar. Grenzschutzbeamte haben gestern allein 300 Rinder beschlagnahmt. Die tschechische Regierung hat die Erlaubnis gegeben, daß jeder zwei Pfund Fleisch über die Grenze bringen kann; dies wird viel ausgenützt und am Freitag nachmittags ging eine wahre Völkerwanderung über die Grenze. — Die Folge dieser Vieh- und Fleischverschleppung ist ein konstantes Steigen der Fleischpreise in den Grenzorten. So kostet heute in Troppau bereits wieder Schweinefleisch 30 K. Wir können uns daher auf eine noch gewaltigere Preissteigerung vorbereiten, denn erst bis der Bauer sein Vieh abverkauft hat und er für das Frühjahr wieder nachzuzüchten beginnen wird, werden wir die richtigen Preise zu kosten bekommen. Das ist der Segen der „Beamtenregierung“ und des „freien Handels“.

Indexziffern der Handelspreise. Nr. 1 der Preisberichte des Statistischen Staatsamtes bringt die Indexziffern der Kleinhandelspreise für die erste Hälfte des Jahres 1921. Diese, durch die Größe des Verbrauches einer jeden Warengattung vorläufig noch nicht gewogenen Indexziffern weisen — bis auf einige Ausnahmen — in der Gruppe: Nahrungsmittel, Heizmaterialien, Petroleum und Seife für einzelne Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern, für einzelne Gebiete und weitere Gebietszüge einen Rückgang der Preise im Februar und März gegenüber den vorhergehenden Monaten auf; die Monate März, April und Mai sind die Zeit der Ruhe und der verhältnismäßigen Festigung der Preise, dann die Gesamtindexziffern dieser Gruppe weichen hier von einander nicht besonders ab; im Juni endlich zeigt sich eine feiner, durch die Erhöhung der Preise einiger Saisonwarensorten verursachte Steigerung. Die diesbezüglichen Gesamtindizes dieser Gruppe sind — ohne Rücksicht auf die Mehl- und Zuderpreise im Schleich-, bzw. im freien Handel — nach und nach vom Jänner bis Juni die folgenden: für Groß-Prag: 1554, 1451, 1414, 1423, 1379, 1436; für Böhmen: 1645, 1484, 1443, 1457, 1488, 1459; für Mähren und Schlesien: 1627, 1481, 1385, 1445, 1333, 1387; für die Slowakei: 1722, 1661, 1464, 1444, 1493, 1579; für Karpathenland (vom Februar bis Juni): 1779, 2079, 1610, 1578, 1456; für die ganze Republik: 1643, 1494, 1423, 1450, 1456, 1445. Den Indexziffern liegen die Preise im Juli 1914 (= 100) zu Grunde. In der zweiten, Textilstoffe, Schuhe und Herrenhüte enthaltenden Gruppe ist ein andauernder Rückgang zu merken, der in Groß-Prag von 2920 (im Jänner) bis auf 2026 (im Juni) geht in Böhmen von 2767 auf 1856, in Mähren und in Schlesien von 3222 auf 1973, in der Slowakei von 3142—2057, in der Podlarpatska Rus von 3259 (Februar) auf 2288 (Juni), und in der ganzen Republik vom Jänner bis Juni von 2878 auf 1898. Für Groß-Prag, für die einzelnen Länder und die ganze Republik sind auch die Indexziffern einer jeden in die Erhebung auf-

genommenen Warengattung abgedruckt, sodass diese Preisbewegung sogar in den Einzelheiten verfolgt werden kann. Zu Zwecken teilweisen Vergleiches sind auch die Indexziffern der Großhandelspreise einiger größeren Staaten beigegeben. Wenn die Preise des Jahres 1913, als des letzten Friedensjahres gleich 100 angesehen werden, wurde der höchste Teuerungspunkt im Frühjahr 1920 (März bis Mai) erreicht, z. B.: in Frankreich 587,5, in Großbritannien 310,2 („The Economist“), 313,1 („The Statist“) in den Vereinigten Staaten Nordamerikas (5 verschiedene Indizes) 272, 230, 226,6, 217,8, 267,5; nur in den Niederlanden erreichte die Teuerung im Jahre 1918 ihren Höhepunkt (400). Bis Mai 1921 sind dann die Indexziffern gesunken: in Frankreich auf 328,3, in Großbritannien auf 182,3, 190,9; in den Niederlanden auf 183,3, in den Vereinigten Staaten Nordamerikas (die letzten drei erwähnten Indizes) auf 117,5, 137,8, 125,7. Wie ersichtlich, waren die Preise in den Vereinigten Staaten im Mai 1921 rund nur noch um etwa 25 Prozent als im Jahre 1913.

Das Vershubpersonal der Prager Bahnhöfe hat in einer Versammlung beschlossen, daß, falls ihren Forderungen nicht entgegengekommen wird, als Zeichen des Protestes und der Solidarität am 30. September die Arbeit von 11 bis 13 Uhr eingestellt wird. Bei den Forderungen handelt es sich vor allem um die Aktivierung des von der Nationalversammlung am 9. April 1920 beschlossenen Gesetzes über die Durchführung der Dienstjahre. Die Lage der Vershubarbeiter hat sich auch dadurch verschlechtert, daß man ihnen die Rate der Bekleidungsaktion gerade in einem Zeitpunkt abziehen versucht, da durch die Ausschaltung des größten Teils der Arbeiter aus der öffentlichen Versorgung ihre Lebenslage ohnehin bedroht ist. Außerdem tritt die Bürokratie den Vertrauensmännern der Arbeiter in letzter Zeit provokativ auf.

Strafen für Börsenspekulanten. Durch eine Verordnung der österreichischen Regierung werden die Strafbestimmungen der Devisenordnung verschärft. Übertretungen der Devisenordnung, sofern es sich nicht um nach den bestehenden Gesetzen zu ahndende Übertretungen von Einfuhr-, Durchfuhr-, Ausfuhrverboten handelt, werden mit Arrest bis zu 6 Monaten und Geldstrafen bis zu 20.000 K bestraft. Durch eine zweite Verordnung werden bis auf Weiteres, die für den An- und Verkauf von Wertpapieren und die Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen bestehende Sicherungsmassnahmen auf den Ankauf und Verkauf von fremden Valuten und Devisen ausgedehnt.

Die internationalen Berufsverbände im Jahre 1921. Die Mitgliederanzahl der internationalen Berufsverbände, die den Standpunkt des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam vertreten, war im Jahre 1921 die folgende: Metallarbeiter 4.600.000, Transportarbeiter 2.713.403, Bergarbeiter 2.614.215, Fabrikarbeiter 2.409.300, Landarbeiter 2.097.033, Textilarbeiter 1.604.000, Privatangestellte 843.000, Bauarbeiter 804.194, Holzarbeiter 800.000, Schneider 590.500, Post-, Telegraph- und Telephonangestellte 522.250, Öffentliche Betriebe 473.142, Lederarbeiter 313.507, Lebens- und Genussmittel 306.300, Buchbinder 261.203, Kaffeehaus- und Hotel-Angestellte 245.950, Steinarbeiter 162.050, Buchdrucker 160.000, Tabakarbeiter 152.300, Glasarbeiter 147.500, Zimmerer 92.462, Maler 83.333, Gutmacher 46.859, Lithographen 40.698, Diamantarbeiter 24.500, Friseurgehilfen 12.500, Kürschner 14.588, Töpfer 12.126, zusammen 82.182.913.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 272 1/2, 100 Mark 80 1/2, 100 schweiz. Franken 149 1/2, 100 Lire 358, 100 franz. Franken 610 1/2, 1 Pfund Sterling 322, 1 Dollar 86 1/2, 100 belg. Franken 611 1/2, 100 Peso 1111 1/2, 100 Dinar 158 1/2, 100 Lei 75, 100 österr. Kronen 5,20, 100 poln. Mark 1,95, 100 ung. Kronen 11,40 sch. Kronen.

### Ans der Partei.

Bezirkskonferenz Raaden Sonntag, den 25. September in Raaden. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Parteitag und Wahl der Delegierten; Neuwahlen.

### Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Freitag Beethovens „Fidelio“. Dirigent: Operndirektor Alexander Zemlinsky. Morgen Samstag 10 Uhr nachts Nachvorstellung des neuen Operettenschwanfes „Die Scheidungsreise“. Sonntag nachm. die neu-inszenierte Hauptmannsche Tragödie „Die Weber“. Die Luise spielt Hermine Medelsky. Abends neueinstudiert die Bigetoper „Djamišek“ (Dirigent Dr. Jaluweh) und Dornjettis „Lucia von Lammermoor“ (Dirigent: Paul Pella). Spielleiter des Abends: Hermann Beher.

Uraufführung „Die Schauspieler“. Die für Samstag angeordnete Uraufführung von Wilhelm Schmidts neuer Komödie „Die Schauspieler“ hat in der gesamten deutschen Theaterwelt großes Interesse erweckt. In der Premiere sind neben Leopold Kramer die Damen Kulich, Dierks, Medelsky, Voh und die Herren Bauer, Grob, Heim, Reinhardt beschäftigt.

Gastspiel Aline Sanden. Kammerfängerin Aline Sanden wird in der nächsten Woche am Mittwoch die Marika in v'Alberts Musikdrama „Tiefeland“ und Freitag (27. volkst. Vorstell.) die „Salome“ singen. Kartenverkauf ab Sonntag.

Gastspiel Richard Romanovsky. Richard Romanovsky wird in der nächsten Woche ein Gastspiel absolvieren. Zur Aufführung gelangen die Einakter „Braubach“ von Thoma, „In Ewigkeit Amen“ von Wilgand, „Schöne Seelen“ von Salten.

„Urania“. Dante-Festler Mittwoch, den 28., 8 Uhr. Vortragende: Dr. Friedrich Adler — Chefredakteur Wesselski. Deklamation: (Ital.) Riccardo Finzi, (deutsch) Jonell Geldern (Deutsches Theater). Lichtbildervorführung aus der „Göttlichen Komödie“ nach Botticelli, Dore, Rodin. Karten 8—4 Kronen. (Mitglieder Ermäßigung.) Mitgliederanmeldungen und Mitgl.-Erneuerungen täglich Urania-Kanzlei 10—1 und 4—7 Uhr.

### Turnen und Sport.

A. C. Sparta gegen Meteor Weinberge 5:0 (1:0). Sparta ohne Bilat zeigte nicht die Klasse vom Sonntag; Zanda vergab, besonders in der zweiten Halbzeit, viele sichere Chancen. Bei Meteor Verteidigung gut; das Fortward konnte sich nicht zusammenfinden.

Herausgeber:

Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß  
Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

### Mitteilungen aus dem Publikum.

#### Deutschesozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.

Samstag, den 24. September 1921 um 8 Uhr abends im grossen Saale der Urania, Prag II., Smetschkagasse 22

### Öffentlicher Vortrag des Abg. Karl Leuthner-Wien:

### Die ultramontane Politik der Gegenwart.

Regie-Beitrag.

**BIO**

LIDO  
Die schöne Bettlerin.  
(Aus „Die Rose von Stambul.“)  
Orientalisches Drama in 7 Akten.  
Priscille Deau.

„Oeffnet die Augen“  
Über allgemeines Verlangen prolongiert.  
**BIO ILLUSION**  
Grosses sex. Drama in 7 Akten. Amerik. Film.

**SVĚTOZOR**  
Bei allen Vorstellungen dieser Woche der grösste kollorierte Film  
„Aus den Geheimnissen des Orients.“  
Herrliches Filmtück!

**NA SLOVANECH.** Premier! Kaviti!  
HELLA MOJA als  
**GRÄFIN WALEWSKA (Napoleons Liebe.)**

**Christbaumschmuck**

Reichhaltiges Sortiment schöner Neuheiten versendet von KČ 250 aufwärts an Wiederverkäufer

**Wilhelm Oplatka,**  
PRAG I., Mikulášská 7.  
Bijouterie, Celluloid- und Glaswaren-Fabrik.

**Kaufleute, Achtung!**

Kommiss-Halbstiefel, Original . . . . . KČ 220  
" Bagantschen, Original . . . . . " 175  
" " Prima . . . . . " 130  
" " Spalt . . . . . " 100  
" Hemd, Original . . . . . " 30  
" " Prima . . . . . " 38  
" Unterhose, Original . . . . . " 24  
" " Prima . . . . . " 29

**WARENHAUS EMIL GRIMM, OLMÜTZ 10.**

Gastwirtschaft  
**„Lidový dům“**  
der Genossenschaft „Ganymed“  
Prag II., Hybernská 7. 3

Genossen unterstützt das genossensch. Unternehmen! Vorzüglicher Mittagstisch, Abendessen und Getränke. Trinkgelder aufgehoben!

Sämtliche  
**Druckaufträge**  
übernimmt 98

Lidová knihtiskárna A. Němec a spol.  
(„Pravo Lidu“)  
PRAG II., Hybernská 7. :: Tel. 4999.

Genossen! Leset und verbreitet euer Zentralorgan!

**ABADIE.**

Die nächste  
**Prämien-Verteilung**  
erfolgt am **30. Oktober 1921.**  
**10000 Prämien** 59

im Werte von KČ 250.000 gelangen an **ABADIE**-u. **AXA**-Raucher zur Verteilung. Letzter Termin für die Einsendung der Reklamemarken und Zigarettenpapier-Umschläge **15. Oktober 1921.**

Kuskunft erteilt das Prämienbureau der **Abadie Société à Responsabilité Limitée** Prag VIII., Lipanská 361. Telephon 3832,

**Kautschuk-Stampiglen** erzeugt schnell, gut und billig  
**Franz Chmel, Prag II., Nekazanka 18.**